

Spendenunterstützung

BRD:
Netzwerk Cuba
IBAN: DE28 4306 0967 1206 4415 00
BIC: GENODEM1GLS
Verwendungszweck: »UnblockCuba«

Österreich:
Österreichisch-Kubanische Gesellschaft
IBAN: AT71 2011 1297 2387 0100
BIC: GIBAATWW
Verwendungszweck: »UnblockCuba«

Schweiz:
Vereinigung Schweiz-Kuba
IBAN: CH97 0900 0000 3003 6190 7
PC 30-36190-7 (Postcheckkonto)
Verwendungszweck: »UnblockCuba«

Aktionspaket bestellen

Das Paket enthält Plakate, Flyer und Aufkleber. Bestellungen unter:

unblock-cuba.org
0049 30 53 63 55 10
aktionsbuero@jungewelt.de

V.L.S. d.P.: Diemar/Koschmieder, Verlag B. Mel GmbH, Dorstraße 6, 10119 Berlin.



Seit 1992 wird jedes Jahr im Spätherbst anlässlich der UN-Vollversammlung in New York über eine Resolution abgestimmt. Sie fordert die unverzügliche Aufhebung der von den USA 1961 gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade. Diese Resolution wird von der Weltgemeinschaft regelmäßig fast einstimmig unterstützt, zuletzt am 2. November 2023 mit 187 Stimmen, nur die USA und Israel stimmten dagegen, die Ukraine enthielt sich. Die jeweiligen US-Regierungen ignorierten diese eindeutige Aufforderung völlig. Auch hier bei uns in Europa unterschlagen die vorherrschenden bürgerlichen Medien der Öffentlichkeit dieses klare Resultat.

Mit der Erfahrung unserer mehrjährigen »Unblock Cuba«-Kampagne müssen wir feststellen, dass in unseren Regionen oft viele Menschen Opfer der medialen Zerrbilder werden. Deren Propaganda wiederholt immer wieder, dass die dramatische wirtschaftliche Situation in Kuba alleinige Schuld der kubanischen Regierung sei. Manche Leute glauben zudem, dass nach der vermeintlichen Normalisierung der Beziehungen zwischen USA und Kuba unter der Präsidentschaft von Barack Obama (2009 bis 2017) die Blockade aufgehoben wurde. Diese Lügenmärchen sind angesichts der vorsätzlichen Desinformation durch die von US-Quellen beschickten sogenannten Leitmedien nicht verwunderlich. Systematisch werden die verheerenden Auswirkungen dieser andauernden mörderischen Blockade auf das Alltagsleben in Kuba verschwiegen oder geleugnet. Dabei sind die unzähligen US-Sanktionen nichts anderes als die permanente Verletzung der Menschenrechte von elf Millionen Kubanerinnen und Kubanern! Wegen der extraterritorialen Effekte der US-Sanktionen werden auch die Bürgerrechte bei uns in Europa und andernorts verletzt.

Unblock Cuba!

Schluss mit der völkerrechtswidrigen US-Blockade!

Deshalb also unser dringender Appell an Dich, an alle Menschen guten Willens, mit uns dieser niederträchtigen Politik Einhalt zu gebieten, zumal sie trotz verbaler Kritik leider auch von unseren europäischen Regierungen stillschweigend geduldet oder gar mitgetragen wird.

Zur Geschichte: Nach dem Sieg der kubanischen Revolution am 1. Januar 1959 entschied US-Präsident John F. Kennedy am 3. Januar 1961, die diplomatischen Beziehungen mit Kuba abzubrechen. Es folgten Maßnahmen zur Exportbegrenzung von Lebensmitteln und Medikamenten nach Kuba. Danach wurde der Import aller Güter kubanischer Herkunft in die USA verboten. Waren konnten also weder von den USA nach Kuba gelangen noch von Kuba in die USA. Zum Verständnis: Vor 1959 waren mehr als 64,5 Prozent der Exporte Kubas und 73,5 Prozent seiner Importe vom US-Markt abhängig. Praktisch alle Ausrüstungen, Technologien, Rohstoffe, Treibstoff und Lebensmittel kamen aus den USA.

Die Ausrichtung der US-Politik wurde immer offensichtlicher (und später durch die Freigabe von Geheimakten bestätigt), nämlich: »... durch wirtschaftliche Unzufriedenheit und Not das Wirtschaftsleben schwächen, indem Kuba Geld und Lieferungen verwehrt werden, mit dem Ziel, die Nominal- und Reallöhne zu reduzieren, Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung zu bewirken« (US-Unterstaatssekretär L. D. Mallory im April 1960). Dank der internationalen Solidarität und der

Unterstützung durch die damaligen sozialistischen Länder im Osteuropa war Kuba in der Lage, seine Produktion aufrechtzuerhalten und einen faireren Handel zu beginnen.

In den 1990er Jahren brach das sozialistische Staatensystem zusammen und die über fast 30 Jahre entwickelten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen kamen zum Stillstand. In dieser Situation verschärften die USA die Blockade noch weiter, um Kuba in den Ruin zu treiben. Verbote über Verbote: So wurde US-amerikanischen Tochterunternehmen in Drittländern verboten, Handel mit Kuba zu treiben, US-Bürgern wurde verwehrt, als Touristen nach Kuba zu reisen, Geldüberweisungen zu Familienangehörigen wurden minimiert, die Finanzierung des Verkaufs von landwirtschaftlichen Produkten aus den USA nach Kuba wurde verboten.

Der Gipfel der moralischen Verelendung in der US-Politik zeigte sich mit der Coronapandemie: US-Präsident Donald Trump machte sich das Virus zum Verbündeten, verschärfte die Blockade und fügte damit Kuba einen Verlust in Höhe von mindestens fünf Milliarden US-Dollar zu. Er ergriff weitere 243 einseitige Zwangsmaßnahmen. Deren Höhepunkt war die Aufnahme Kubas in die ominöse US-Liste der »Terror unterstützenden Staaten«. Dadurch wird die Verfolgung von Handels- und Finanzgeschäften von und mit Kuba massiv verstärkt, ausländische Investoren und Handelseinrichtungen geradezu mafios eingeschüchtert und von Kooperationen abgehalten. Dies behindert den regulären Geldfluss durch bestehende offizielle Einrichtungen an kubanische Familien und versetzt dem neuen Sektor der privaten und selbständigen Unternehmen in Kuba harte Schläge. Alle diese Maßnahmen sind bis heute gültig und

bestimmen auch die Politik der aktuellen US-Regierung unter Joseph Biden, obwohl dieser im Wahlkampf deren Rücknahme versprochen hatte.

Hervorzuheben sind die zerstörerischen extraterritorialen Effekte der US-Sanktionen für Drittstaaten. So haben europäische Großbanken (PNB Paribas, die Schweizer UBS oder die deutsche Postbank) selbst kleine Dienstleistungen mit Bezug zu Kuba eingestellt und teilweise riesige Strafgebühren an die USA gezahlt – statt sich gegen diese Willkür zur Wehr zu setzen, was nach EU-Recht gefordert wäre. Alle Nachfragen und Klagen bis hin zu den obersten Behörden in europäischen Ländern führten zur selben Antwort: Die Banken müssten mögliche Nachteile bezüglich des US- oder EU-Rechts selber abschätzen und etwaige Reputationsschäden bzw. Strafzahlungen beurteilen können. So machen sich die europäischen Regierungen – trotz ihrer symbolischen Zustimmung zur UN-Resolution gegen die US-Blockade – zu Mittätern der US-Blockade und ihrer verheerenden Auswirkungen für Kuba.

Im November 2023 fand ein internationales Tribunal zur US-Blockade gegen Kuba

im Europaparlament in Brüssel statt. Vor 260 Delegierten aus Europa, den USA und Kuba berichteten dreißig Zeugen von den verheerenden Folgen der US-Blockade auf das tägliche Leben der Kubanerinnen und Kubaner. Das namhafte sechsköpfige internationale Richterergremium sprach die US-Regierung der Verletzung zahlreicher Prinzipien des Völkerrechts schuldig und forderte die sofortige Aufhebung der Blockade und der US-Gesetze, auf der diese beruht. Auch über dieses in Anlehnung an das Russell-Tribunal durchgeführte Gericht mit seinem starken Symbolcharakter wurde in den vorherrschenden Medien nicht berichtet.

Bitte hilf auch Du mit! Wir sind jetzt umso mehr gefordert, diese Fakten und Skandale in die Öffentlichkeit zu tragen und von unseren Regierungen zu verlangen, dass endlich auch konkrete Taten gegen diese menschenverachtende, mörderische, völkerrechtswidrige US-Blockade folgen müssen. Überhaupt: Schluss mit diesen Aggressionen gegen souveräne Staaten in Lateinamerika und anderswo! Informiere Dich und mache aktiv mit bei unseren europaweit laufenden Solidaritätsaktionen.

Welche Handlungsoptionen gibt es? Was kann ich tun?

- **Informiert Euch und werdet aktiv! Eine gute Informationsquelle ist zum Beispiel die Tageszeitung *junge Welt* (www.jungewelt.de).**
- **Wendet Euch an kubasolidarische Gruppen vor Ort oder Eurer Region. Viele von ihnen findet Ihr unter www.unblock-cuba.org.**
- **Mit ihnen gemeinsam könnt Ihr z.B. Veranstaltungen, Aktionen oder Infotische organisieren.**
- **Thematisiert die illegale US-Blockade! Sprecht mit Bekannten, Verwandten, Freundinnen und Freunden darüber und die Solidaritätsaktion!**
- **Bestellt Aktionsmaterial über die Kampagnenhomepage!**
- **Unterstützt die europäische Aktion mit Spenden!**